

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.08.2010

Ort: Stadtarchiv, Rathausstraße 1,06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	17:00 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	17:15 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 19:50 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU	Vertreter: Frau Dr. Wünscher
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter: Herr Dr. Wend

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- 2 Austauschblätter TOP 5.12,
- KP II Liste und
- Prüfungsbericht Amt 14 zu TOP 5.1 Jahresabschluss EB Kita

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Von der Verwaltung wurden folgende Vorlagen zurückgezogen:

- 5.14. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "GS Am Heiderand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09061
- 5.15. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Integrierte Gesamtschule" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09062

Die Verwaltung bat, die Vorlage

Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Ausbau der Großen Nikolaistraße im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09101

in die Tagesordnung als TOP 5.17 aufzunehmen. (Versand der Unterlagen am 12.08.2010 inklusive der Begründung der Dringlichkeit.)

Abstimmungsergebnis über die Aufnahme in die Tagesordnung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Folgende Änderungsanträge wurden versandt:

- 5.13.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097
- 6.1.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)
Vorlage: V/2010/09106

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

- 3. Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 15. und 23.06.2010

4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Feststellung Jahresabschluss 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2010/08886
 - 5.2. Feststellung Jahresabschluss 2009 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08934
 - 5.3. Feststellung Jahresabschluss 2009 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08935
 - 5.4. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Vorlage: V/2010/08936
 - 5.5. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: V/2010/08938
 - 5.6. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin
Vorlage: V/2010/09039
 - 5.7. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: V/2010/09031
 - 5.8. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08927
 - 5.9. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: V/2010/09040
 - 5.10. Feststellung Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: V/2010/09030
 - 5.11. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09014
 - 5.12. Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale)
(Sondernutzungssatzung)
Vorlage: V/2009/08278
 - 5.13. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: V/2009/08279
 - 5.13. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der
1. Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097
 - 5.14. Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "GS Am Heiderand"
im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09061 - z u r ü c k g e z o g e n

- 5.15. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Integrierte Gesamtschule" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09062 - z u r ü c k g e z o g e n
- 5.16. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben "Erschließung Baugebiet Alfred-Oelßner-Straße" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/08960
- 5.17. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Ausbau der Großen Nikolaistraße im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09101
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat
Vorlage: V/2010/08557 - v e r t a g t
 - 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)
Vorlage: V/2010/09106 - v e r t a g t
 - 6.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle im Hauptausschuss
Vorlage: V/2010/08940
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 15. und 23.06.2010

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen am 15. und 23.06.2010 wurden bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 15.06.2010 wurden im nicht öffentlichen Teil folgende abschließende Beschlüsse gefasst:

zu 3.2 Verkauf eines kommunalen Grundstückes - Vorlage: V/2010/08890

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich führte Herr Neumann aus, dass die aus dem Verkauf dieses Grundstückes eingehenden Erlöse nicht zur Finanzierung des Stadions eingesetzt werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 217 im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Heide-Süd“ für den Bau von einem Mehrfamilienhaus – B-Plan Nr. 32.5, Baulos 31 – an die FROHE ZUKUNFT Wohnungsgenossenschaft eG, Leibnizstraße 1a in 06118 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.3 Verkauf eines kommunalen Grundstückes - Vorlage: V/2010/08892

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 213 im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Heide-Süd“ zum Bau von drei Mehrfamilienhäusern – B-Plan Nr. 32.5, Baulos 32 – an die FROHE ZUKUNFT Wohnungsgenossenschaft eG, Leibnizstraße 1a in 06118 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.4 Verkauf eines kommunalen Grundstückes - Vorlage: V/2010/08895

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Verkauf des Grundstückes Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 1/16 im Rahmen der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme „Heide-Süd“ zum Bau eines Mehrfamilienhauses – B-Plan Nr. 32.1, Baulos 13 – an die FROHE ZUKUNFT Wohnungsgenossenschaft eG, Leibnizstraße 1a in 06118 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.5 Bestellung eines Erbbaurechtes für ein kommunales Grundstück
Vorlage: V/2010/08910

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die Bestellung eines Erbbaurechtes für das Grundstück Hans-Dittmar-Straße 09 (Gemarkung Trotha, Flur 30, Flurstück 55) zu Gunsten des Gemeinschaftsschule für (H)alle e.V., Hans-Dittmar-Straße 09 in 06118 Halle (Saale) zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Feststellung Jahresabschluss 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten** **Vorlage: V/2010/08886**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim und Herr Kreisel.

Auf die Äußerung der Verwunderung, dass durch den Eigenbetriebsausschuss Kita und das Rechnungsprüfungsamt nicht kritisiert wurde, dass der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rauschenbach & Kollegen GmbH geprüft und bestätigt wurde, obwohl sie direkt mit dem EB Kita zusammenarbeite, führte Herr Kreisel aus, dass das Bestellungsverfahren des Wirtschaftsprüfers im § 17 (5) der Eigenbetriebssatzung geregelt sei und die Bestellung im Betriebsausschuss bestätigt wurde. Die genannte Firma habe das wirtschaftlichste Angebot abgegeben und das Rechnungsprüfungsamt habe dieses angenommen. Aufgrund des turnusmäßigen Wechsels werde im kommenden Jahr eine andere Firma die Prüfung übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

(Herr Knöchel beteiligte sich nicht an der Diskussion und der Abstimmung.)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu und entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2009.

Der durch die Betriebsleitung aufgestellte Jahresabschluss weist zum 01.01.2009 eine Bilanzsumme von EURO 36,9 Mio. und zum 31.12.2009 eine Bilanzsumme von EURO 37,9 Mio. aus. Damit ergibt sich für den Berichtszeitraum 2009 ein positives Delta von EURO 1,0 Mio. in der Bilanzsumme.

Der Eigenbetrieb Kindertagesstätten steigerte sein Betriebsergebnis nach Risiko und Bewertung im Vergleich zum Jahr 2008 um 43 Tsd. EUR auf 93 Tsd. EUR im Jahr 2009. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Finanzielle Auswirkung:

keine

zu 5.2 Feststellung Jahresabschluss 2009 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08934

Auf Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Prof. Dr. Lukas aus, dass die Umschichtung von Finanzanlagen in liquide Mittel aufgrund des auf den 30.08.2010 verschobenen Baubeginns erfolgt sei.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 01.07.2010:

1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2010 wird in der vom Wirtschaftsprüfer Gerhard Klotz geprüften und am 07.06.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	158.230,71 €.
Die Bilanzsumme beträgt	44.468.222,66 €.

2. Der Jahresüberschuss von 158.230,71 EUR wird in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2009 entlastet.

zu 5.3 Feststellung Jahresabschluss 2009 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08935

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 01.07.2010:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2009 wird in der vom Wirtschaftsprüfer Gerhard Klotz

geprüft und am 07.06.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	88.563,39 €.
Die Bilanzsumme beträgt	13.262.290,59 €.

2. Der Jahresüberschuss von 88.563,39 € wird in voller Höhe in eine satzungsmäßige Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
3. Den Geschäftsführern wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.4 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG Vorlage: V/2010/08936

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Wolter und Herr Götte.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Götte, dass es sich bei dem Ziel der Firmenbetätigung nicht nur um ein reines Flächenmanagement handle, sondern um ein umfassendes Management. Er erinnerte an den Beschluss im Stadtrat im letzten Jahr zur Flächensicherung. Die Aufgabe der Entwicklungsgesellschaft sei es, Potentiale zu erkennen und zu entwickeln. Gemeinsam mit Amt 66 werde ein Revitalisierungsprojekt an 3 konkreten Standorten durchgeführt, wofür der Flächenerwerb notwendig war. Ein Zuwendungsbescheid von Fördermitteln in Höhe von 90 % liege vor. Die Eigenmittel seien separat im Haushalt eingestellt.

Zur Perspektive bezüglich von Ansiedlungen führte Herr Götte aus, dass fast täglich neue Standortanfragen eingehen und die diesbezüglichen Angebote ständig abgegeben werden.

Der Workshop zur strategischen Ausrichtung der Entwicklungsgesellschaft habe am 16.08.2010 stattgefunden. Zurzeit erfolge die Bewertung, ob die Arbeit strategisch richtig ausgerichtet sei. Die Auswertung erfolge in der Sitzung des AR am 01.11. 2010.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vom 21.06.2010:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2008 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 12.05.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. August 2010 - öffentlicher Teil

Der Jahresfehlbetrag beträgt	148.582,22 €.
Die Bilanzsumme beträgt	20.929.189,71 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 148.582,22 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.
3. Der Geschäftsführung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.5 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH Vorlage: V/2010/08938

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vom 21.06.2010:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2009 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 12.04.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	1.677,49 €
Die Bilanzsumme beträgt	92.930,27 €

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.677,49 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.6 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin - Vorlage: V/2010/09039

Frau Scherbel nahm an der Sitzung teil. Auf Nachfrage erfolgten keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters zu folgenden Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird in der von der Henschke und Partner GbR geprüften und am 31.03.2010 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	94.637,42 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	2.201.141,78 EUR.

2. Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.7 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle - Vorlage: V/2010/09031

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter und Herr Geier. Herr Stiska nahm ebenfalls an der Sitzung teil.

Herr Knöchel regte an, aus dem Jahresabschluss die richtigen Schlüsse zu ziehen. Im Kulturausschuss wurden von Herrn Stiska bereits diesbezügliche Hinweise gegeben. Er bat bei der Beratung des Beteiligungsreports um Hinweise im Risikobericht der BMA. Die Vertreter der BMA nahmen diese Bitte zur Kenntnis.

(17:00 Uhr – Herr Bönisch kam in die Sitzung.)

Herr Wolter führte aus, dass er überrascht sei, dass die Zahlung der Grunderwerbsteuer (99.600 Euro) nicht vermieden werden konnte (siehe Seite 3 der Anlage 4). Es sei eine Bedingung für den Beschluss des Rates gewesen, dass dieser Tatbestand nicht eintritt. Er hätte eine Information im Stadtrat über die Veränderung erwartet.

Herr Geier führte aus, dass im Nachgang der Gründung verschiedene problematische Aspekte auftraten. Durch die Finanzbehörden wurde nachträglich mitgeteilt, dass einzelne Grundstücke in ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung nicht anerkannt wurden. Im Nachgang dieser Entscheidung wurden harte Diskussionen im Rahmen der Gründung mit Herrn Stiska geführt. Die Steuerschuld trage jedoch üblicherweise der Empfänger. Er sagte einen schriftlichen Bericht im Gesamtzusammenhang zu.

Abstimmungsergebnis Punkt 1. - 3.:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. August 2010 - öffentlicher Teil

0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Punkt 4.:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Die Mitglieder des AR beteiligten sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird in ihrer Funktion als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) ermächtigt, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Jahresabschluss des Rumpfgeschäftsjahres 2009 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird in der von der WIKOM AG geprüften und am 20.05.2010 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	-512.808,80 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	34.660.251,35 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Rumpfgeschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

**zu 5.8 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: V/2010/08927**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim und Herr Knorpp.

Bei der Beantwortung einer Nachfrage zu den planmäßig ausgewiesenen Abschreibungen wurde deutlich, dass der Bericht der BMA zum Jahresabschluss fehlte und nur ein Testatsexemplar vorgelegt wurde.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde zurückgestellt, da der Jahresabschluss nur als Testatsexemplar vorlag und der Bericht der BMA zum Jahresabschluss fehlte.

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von dem Geschäftsführer der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüferin Frau Uta Harning geprüfte und am 15.04.2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 wird festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	1.859.197,29 €.
Die Bilanzsumme beträgt	34.915.305,33 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.859.197,29 € wird mit der Kapitalrücklage von 13.702.351,14 € verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Andreas Jacob, wird für das Jahr 2009 die Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Beirates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
5. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

**zu 5.9 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Mitteldeutscher
Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: V/2010/09040**

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH am 24.06.2010 zu folgendem Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird in der von der Deloitte & Touche GmbH –Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 07.05.2010 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	1.505.759,41 EUR.

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.
3. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

zu 5.10 Feststellung Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Halle GmbH
Vorlage: V/2010/09030

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis Punkt 1. - 3.:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Punkt 4.:

(Herr Krause, Frau Nagel, Herr Bönisch und Herr Wehrich beteiligten sich nicht.)

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) der Stadtwerke Halle GmbH wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 30. April 2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2009 mit

Bilanzsumme	EUR	337.637.139,64
Jahresüberschuss	EUR	144.596.571,27

wird festgestellt.

2. Aus dem Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2009 in Höhe von 144.596.571,27 EUR wird ein Betrag von 79.103.071,80 EUR in die Gewinnrücklage eingestellt und der danach verbleibende Betrag in Höhe von 65.493.499,47 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 07. Mai 2010 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2009 mit

Bilanzsumme	EUR	1.340.399.897,23
Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2009 entlastet.

zu 5.11 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2009 - Vorlage: V/2010/09014

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Knöchel, Herr Krause, Herr Wolter und Herr Stumpf.

Einige Mitglieder des Finanzausschusses kritisierten, dass der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates so knapp gehalten sei. Dies sei besonders für die Fraktionen nachteilig, die nicht im Verwaltungsrat vertreten seien.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Berichte von anderen Aufsichtsgremien anderer Unternehmen auch nicht umfänglicher seien. Herr Stumpf könne zwar nähere Ausführungen machen, sei aber sachlich nicht zuständig.

(17:15 Uhr - Herr Dr. Wend kam als Vertreter von Frau Hinz in die Sitzung.)

Mit dem Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim, heute die Abstimmung unter dem Vorbehalt durchzuführen, dass ein überarbeiteter Tätigkeitsbericht nachgereicht wird, erklärten sich einige Stadträte nicht einverstanden.

Nach weiterer Diskussion und Verweis auf Hinweis des Ministeriums der Finanzen erfolgte von Herrn Dr. Meerheim die Frage, ob die Vorlage zurückgezogen werden und ein ergänzter bzw. überarbeiteter Bericht vorgelegt werden sollte.

Abstimmung:

2 Ja - Stimmen

6 Nein - Stimmen

2 Enthaltungen

Da kein Mitglied des Verwaltungsrates im Finanzausschuss vertreten sei, wurde Herr Stumpf gebeten, den Verwaltungsrat über die Diskussion zu informieren.

Abstimmungsergebnis über die Vorlage:

9 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2009.

zu 5.12 Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungssatzung) Vorlage: V/2009/08278

Herr Misch informierte, dass der Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten vom 12.08.2010 einstimmig zugestimmt habe.

An die zu Beginn der Sitzung übergebenen Austauschblätter wurde erinnert.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungssatzung) vom 25.08.2010.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu geben.

Finanzielle Auswirkung:

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

zu 5.13 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung)
Vorlage: V/2009/08279

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 5.13.1 geführt - siehe Ausführungen an dieser Stelle der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Sondernutzung an Straßen in der Stadt Halle (Saale) (Sondernutzungsgebührensatzung).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung ortsüblich bekannt zu machen.

Finanzielle Auswirkung:

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

**zu 5.13.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09097**

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Misch, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Bönisch, Herr Wehrich und Herr Geier.

Herr Geier informierte über die Höhe der Kasseneinnahmereste. Von Mitgliedern wurde ausgeführt, dass es bei der Beratung im Fachausschuss eine ausführliche Diskussion zu dieser Thematik geführt wurde.

Herr Geier betonte, dass zwischen der Festsetzung der Gebühr und den Zahlungsmodalitäten unterschieden werden müsse. Aus Sicht der Stadt sei es vorteilhaft, die Gebühren auf dem Weg der Vorkasse einzuziehen, da die Verwaltung dem Geld dann nicht „hinterherlaufen“ müsse. Bei sehr hohen Beträgen kämen Stundungsregelungen in Frage, damit die Summe gesplittet wird. Er wies jedoch auch ausdrücklich darauf hin, dass nicht alle Eventualitäten des Einzelfalls in einer Satzung erfasst werden können.

Die Diskussion drehte sich um mögliche Einzelfälle. Konsens bestand darüber, dass Kasseneinnahmereste für die Stadt und wirtschaftliche Härten für die Antragsteller vermieden werden sollen.

Herr Wehrich stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf Abbruch der Debatte.

Herr Bönisch hielt eine Gegenrede, da er einen konkreten Vorschlag einbringen wolle.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wehrich:

3 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
mehrheitlich abgelehnt

Herr Bönisch regte an, den Änderungsantrag der FDP-Fraktion wie folgt zu ändern:

§ 5 (4) Die erteilte Erlaubnis wird grundsätzlich erst mit der Bezahlung der Gebührensschuld wirksam. Soweit die ... bleibt + § 6 auch erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meerheim an Herrn Wöllenweber, ob dies den Intensionen des Antragstellers entspricht, erklärte dieser sein Einverständnis.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

§ 5 (4) Die erteilte Erlaubnis wird grundsätzlich erst mit der Bezahlung der Gebührensschuld wirksam. Soweit der ~~Vorschuss~~ die Vorauszahlung die endgültige Gebührensschuld Kostensschuld übersteigt, ist er sie zu erstatten.“

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. August 2010 - öffentlicher Teil

§ 6 (2) wird wie folgt ergänzt:

„...Jeder genehmigte Einzelfall muss den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates schriftlich mitgeteilt werden.“

(Hinweis: Die Änderung erfolgte nach Anregung von Herrn Bönisch. Der Vertreter der FPD-Fraktion erklärte sich einverstanden.)

zu 5.14 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "GS Am Heiderand" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09061

Ergebnis:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 5.15 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Vorhaben "Integrierte Gesamtschule" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09062

Ergebnis:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

zu 5.16 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Vorhaben "Erschließung Baugebiet Alfred-Oelßner-Straße" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/08960

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich wurde durch die Verwaltung ausgeführt, dass aufgrund dieser außerplanmäßigen VE keine Veränderungen auf die Maßnahme Gimritzer Damm zu erwarten seien und diese auch nicht verschoben werde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Für das Haushaltsjahr 2010 beschließt der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben Gemeindestraßen, Erschließung Baugebiet Alfred- Oelßner- Straße, Tiefbau, Haushaltsstelle 2.6300.950000-094, in Höhe von 226.500 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.6600.950000-010, Bundesstraßen, Gimritzer Damm, Tiefbau, in Höhe von 226.500 EUR.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle:	VermHH:
	2.6300.950000-094	226.500 EUR (VE)
	Deckung:	
	2.6600.950000-010	226.500 EUR (VE)

zu 5.17 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Ausbau der Großen Nikolaistraße im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09101

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Für das Haushaltsjahr 2010 beschließt der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Stadtsanierung, Sanierungsgebiet Historische Altstadt, Tiefbau „Große Nikolaistraße“, Haushaltsstelle 2.6150.950005-003, in Höhe von 80.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

2.6150.987001-003 Sanierungsgebiet Historische Altstadt, Zuschüsse für Baumaßnahmen Dritter, in Höhe von 29.900 EUR und
2.6150.950009-003 Sanierungsgebiet Historische Altstadt, Tiefbau „Große Steinstraße“, in Höhe von 50.100 EUR.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle:	VermHH:
2.6150.950005-003	80.000 EUR
Deckung:	
2.6150.987001-003	29.900 EUR
2.6150.950009-003	50.100 EUR

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat
Vorlage: V/2010/08557

Ergebnis:

Vertagt, da durch die Verwaltung der Antragsteller nicht eingeladen wurde.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird aufgehoben.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Rücknahme eines Beschlusses im Stadtrat vom 05.01.2010 (V/2010/08557)
Vorlage: V/2010/09106**

Ergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusspunkt wird wie folgt geändert:

„Der Beschluss „Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt“ (Vorlage-Nr.: IV/2008/07314) vom 27.08.2008 wird bis zum Juni 2011 ausgesetzt.“

**zu 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Behandlung aller Beraterverträge der Stadt Halle im Hauptausschuss
Vorlage: V/2010/08940**

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Stadtrat sieht mit der zunehmenden Zahl von Beraterverträgen für die Stadt Halle Probleme durch Doppelerledigungen von Verwaltungsaufgaben, verstärkten Kontrollnotwendigkeiten der Arbeit der Berater, Abwanderung von Fachwissen aus der Verwaltung, entstehende Abhängigkeiten zu bestimmten Beratern und Ersatz von Weiterbildung durch Einkauf von Fremdwissen.

Der Hauptausschuss beschließt über Inhalt und Umfang von Aufträgen an externe Berater. Ohne diesen Beschluss erfolgt keine Freigabe von Haushaltsmitteln.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Nachtragshaushalt 2010

Herr Geier teilte mit, dass verwaltungsintern der Nachtragshaushalt erarbeitet und beraten wurde und nun für den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften, den Hauptausschuss und den Stadtrat zur Beratung im September vorbereitet werde, um die Terminvorgabe des Landesverwaltungsamtes einzuhalten. Als kleinen Ausblick führte er aus, dass der Nachtrag 2010 eine Deckungslücke in Höhe von 30 Mio. € im Verwaltungshaushalt aufweisen werde und im Teil das Haushaltskonsolidierungskonzept mit Maßnahmen der Verwaltung und der kommunalen Beteiligungen angefügt sei.

Einführung Doppik

Herr Geier führte aus, dass der Haushaltsplan 2011 nicht wie ursprünglich geplant doppisch aufgestellt werde. Durch die Bearbeitung umfangreicher Themen wurden Verwaltungskapazitäten gebunden. Auch im Doppikprojekt selbst sind verschiedene Dinge noch zu erledigen. Als Beispiele nannte er die Bewertung des Anlagevermögens, den Aufbau einer Anlagenbuchhaltung und die Anpassung von umfangreichen Verwaltungsvorschriften. Die Organisation erfolge ohne externes Personal. Auch störe die noch nicht abgeschlossene Hauptamtsbildung die Einführung der Doppik, weil feste Strukturen noch nicht vorliegen.

Eine Anfrage in anderen Städten, die die Doppik bereits eingeführt haben, habe ergeben, dass in der ersten Zeit nach der Einführung für den Ablauf der Haushaltsplanerstellung und -beratung ein längerer Zeitraum als im kameralen System eingeplant werden sollte.

Nach Abschluss der Nachtragshaushaltsplanberatungen (Ende September) werden in der Verwaltung Kapazitäten frei, um das Zahlenmaterial für die Haushaltsplanung 2011 aufzubereiten. Im Oktober werde ein straffer Zeitplan erarbeitet, der von da an bis zum Dezember 2011 die Aufgaben festlegt, um das Ziel - Haushaltsplan 2012 doppisch - zu erreichen.

Die Transparenz in Richtung des Stadtrates sei fachlich und inhaltlich notwendig und müsse gewährleistet werden.

Auf Bitte von Herrn Geier erläuterte Frau Herrmann von Liegenschaftsamt, dass bei der Einführung der Doppik viele strukturelle und organisatorische Änderungen berücksichtigt werden müssten. Auch strategische Überlegungen seien wichtig für den Entschuldungsansatz.

Die Grundlage für die Einführung der Doppik sei die Bewertung des Anlagevermögens. Dazu werde das Liegenschaftskataster benutzt. Bei der aktuellen Überprüfung wurde festgestellt, dass zum Teil die tatsächliche Nutzung der Grundstücke nicht mit den Angaben des Katasters übereinstimmen. Diese Zuordnungsprobleme werden im Zuge der Einführung der Doppik bereinigt. Auch müssen Leitungs- und Wegerechte mit beachtet werden. Die zum Teil noch mit Volkseigentum bezeichneten Grundstücke müssen bereinigt und angepasst werden.

Auch seien noch reine technische Fragen zu klären und Schnittstellen zwischen den unterschiedlichen Systemen zu errichten.

Als Fazit könne festgestellt werden, dass die Verwaltung noch Zeit benötige, um die Doppik ohne größere Betriebsstörungen einzuführen.

zu 9 mündliche Anfragen

Stand Winterschädenbeseitigung der Straßen

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch zur Auskömmlichkeit der finanziellen Mittel zur Beseitigung der Winterschäden führte Herr Heinz aus, dass die Mittel für das gesamte Jahr bereits verausgabt wurden und viele Schäden flächenmäßig repariert wurden. Etwa 2/3 der Schäden wurden beseitigt. Für den Rest müssen provisorische Notreparaturen durchgeführt werden, da die Mittel nicht ausreichen, um alle Schäden ordentlich zu beseitigen. Herr Heinz führte aus, dass zur Beseitigung von Winterschäden zum Teil auch Mittel eingesetzt werden, die z. B. für die Reinigung der Straßeneinläufe geplant waren. Herr Wolter regte an, diese Debatte im Fachausschuss zu führen.

Vorlage zum MMZ

Auf Nachfrage von Herrn Wolter avisierte Herr Dr. Pohlack die Vorlage für September / Oktober 2010. Der MMZ-Aufsichtsrat wurde in seiner Sitzung am 16.08.2010 darüber informiert.

Stand Kulturförderabgabe

Auf Nachfrage von Herrn Wolter zum Stand der Prüfung der Kulturförderabgabe führte Herr Geier aus, dass die Beratungen zu dieser Thematik aus prioritären Gründen in den Herbst verschoben wurden. Vertreter der Fraktionen werden in die Diskussion nach Wunsch direkt eingebunden.

Eckwerte Haushalt 2011

Herr Geier führte aufgrund einer Rückfrage von Herrn Wolter aus, dass die Eckwerte für den Haushaltsplan 2011 nicht in einer extra Vorlage eingebracht werden, da diese Bestandteil der Finanzplanung im Rahmen der Nachtragshaushaltssatzung seien und im September beraten werde.

zu 10 Anregungen

Jahresrechnung 2009

Herr Knöchel regte an, dass die Jahresrechnung schnellstmöglich vorgelegt werden sollte.

Nachtragshaushaltsplan 2010 und Haushaltskonsolidierung

Herr Bönisch regte an, dass bei der Erstellung des Nachtragshaushaltsplanes 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept durch die Verwaltung bezüglich der Abführungspflicht eines Wohnungsunternehmens berücksichtigt werden sollte, dass dieses eine Ballsporthalle im Auftrag der Stadt bauen soll.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin
Controllerin